

Bündnis „Unter 18 Nie“ setzt sich für Schutz Jugendlicher ein

Rekrutierung Minderjähriger gefährdet deren Gesundheit

Seit der Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 und des daraus resultierenden Personalmangels rekrutiert die Bundeswehr in zunehmendem Ausmaß Minderjährige. Anlässlich des Girls' Day hat das Bündnis „Unter 18 Nie!“ die Bundesregierung aufgefordert, ein solches Vorgehen zu stoppen.

Die Bundeswehr rekrutiert Minderjährige, indem sie von einer Ausnahmeregelung Gebrauch macht – unter fortwährender Missachtung der Empfehlungen des Ausschusses der Vereinten Nationen für die Rechte des Kindes und der Kinderkommission des Deutschen Bundestages. Danach wird staatlichen Armeen die Rekrutierung Minderjähriger zugestanden, solange sie freiwillig geschieht, die Eltern zustimmen, die Jugendlichen mindestens 16 Jahre alt sind und unter der Bedingung, dass sie nicht in kriegerischen Konflikten oder im bewaffneten Wachdienst eingesetzt werden.

Der besonderen Schutzbedürftigkeit Heranwachsender wird allerdings nicht in angemessener Art und Weise Rechnung getragen: Weder gilt das Jugendarbeitsschutzgesetz bei minderjährigen Soldatinnen und Soldaten noch entsprechen Arbeits- und Ruhezeiten den gesetzlichen Vorgaben.

Straftaten um mehr als ein Drittel gestiegen

Die Antwort des Verteidigungsministeriums auf eine Anfrage des Abgeordneten Frank Heinrich (CDU) aus dem Jahr 2021 belegt, dass minderjährige Soldatinnen und Soldaten bei der Bundeswehr diversen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt sind: Sie werden Opfer von sexuellen Vergehen, es kommt zu Unfällen, Depressionen und anderen seelischen Erkrankungen. Genaue Zahlen werden von der Bundeswehr aufgrund des damit verbundenen „Rechercheaufwandes“ nicht publik gemacht. Immerhin ist dem am 15. März 2022 veröffentlichten Jah-

resbericht der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Dr. Eva Högl (SPD), zu entnehmen, dass die Zahl der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in der Bundeswehr 2021 im Vergleich zum Vorjahr um 35 % auf 303 Fälle angestiegen ist.

Untersuchungen der britischen Armee zeigen, dass unter minderjährigen Rekrutinnen und Rekruten Fälle von psychischen Traumata, Selbstverletzungen, Alkoholerkrankungen und suizidalen Handlungen deutlich höher sind als bei erwachsenen Soldatinnen und Soldaten oder gleichaltrigen Zivilisten.

Auch die von der Bundeswehr mit großem Aufwand betriebene militärische Werbung bei Minderjährigen widerspricht den Prinzipien der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen.

In der auf RTL-2-Niveau daherkommenden YouTube-Kampagne „Mali“ (Kosten etwa 6,5 Millionen €) wird das Leben im Einsatz als eine Art erweiterter Abenteuerspielplatz transportiert.

Bündnis fordert Anhebung des Rekrutierungsalters

Um diese Missstände zu beseitigen und die Heranwachsenden vor schwerwiegenden, insbesondere psychosozialen Beeinträchtigungen zu bewahren, hat sich anlässlich des Girls' Day 2019 das Bündnis „Unter 18 nie! Keine Minderjährigen in der Bundeswehr!“ konstituiert. Das Bündnis wird getragen von verschiedenen Organisationen und Zusammenschlüssen aus den Bereichen Frieden, Menschenrechte, Kirche und Gewerkschaften. Der ärztliche Bereich wird durch die IPPNW (International

Physicians for the Prevention of Nuclear War) repräsentiert. Das Bündnis hat sich zum Ziel gesetzt, spätestens bis zum Ablauf der jetzigen Legislaturperiode die Umsetzung der Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag zu erreichen, künftig auf die Rekrutierung Minderjähriger als Soldatinnen und Soldaten zu verzichten und den „Straight-18-Standard“ einzuhalten – so, wie es schon über 150 Staaten weltweit tun.

Gefährdung Heranwachsender öffentlich kaum bekannt

In zahlreichen Gesprächen ist mir deutlich geworden, dass die hier angesprochene (und derzeit noch staatlich institutionalisierte) Gefährdung Heranwachsender in der Öffentlichkeit und auch in der Ärzteschaft wenig bekannt ist. Umso mehr erwächst daraus für uns – insbesondere in den Bereichen Psychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie – eine präventive Aufgabenstellung, die etwa mit den lokalen Bundestagsabgeordneten erörtert werden könnte.

AUTOR

Dr. med. Stephan Fegers

Facharzt für Neurologie und Psychiatrie
Vertreter der IPPNW im Bündnis „Unter 18 nie!“
Wallstraße 14
41061 Mönchengladbach

sfegers@web.de

